

Medienmitteilung zu den Berner Regierungs- und Grossratswahlen 2006:

300 Kandidierende für Förderung privater Schulen

Der Ruf nach verstärkter Förderung privater Schulen durch den Kanton findet unter den Kandidierenden für den Berner Regierungs- und Grossrat erstaunlich breite Unterstützung. Dies geht aus der Internet-Wahlhilfe www.smartvote.ch und einer Auswertung durch die Berner Regionalgruppe der Elternlobby Schweiz hervor. **293 Kandidierende für den Grossen Rat** sagen nämlich „ja“ oder „eher ja“ zur Frage, ob „private Schulen vom Kanton verstärkt gefördert und finanziell unterstützt werden“ sollen. Zudem unterstützen **sieben Regierungsrats-Kandidatinnen und –Kandidaten** das Anliegen der Elternlobby. In diesem gemeinnützigen, parteipolitisch und konfessionell neutralen Verein engagieren sich Eltern aus staatlichen und privaten Schulen für das Fernziel „freie Schulwahl für alle“. (*)

Bedeutsam ist aus Elternlobby-Sicht, dass die Forderung nach verstärkter Unterstützung privater Schulen **quer durch alle politischen Parteien** unterstützt wird – also nicht nur im bürgerlichen Lager, das sich im Grossen Rat für Wettbewerb im Bildungswesen engagiert hat. Auch in der politischen Mitte und im rotgrünen Lager, das aus Sorge um die staatlichen Schulen mit der Förderung von Privatschulen eher Mühe hat, gibt es eine beachtliche Zahl von Kandidierenden, denen wohl gemeinnützige Schulen mit alternativer Pädagogik (wie Montessori- oder Steinerschulen) am Herzen liegen.

Fazit: Welche Partei die Wählerinnen und Wähler auch immer bevorzugen – sie finden praktisch auf allen Listen Kandidierende, die für vermehrte staatliche Unterstützung von privaten Schulen eintreten. Unter den Kandidatinnen und Kandidaten für die Berner Kantonsregierung sind dies (in alphabetischer Reihenfolge): Heinz Dätwyler (EVP), Eva Desarzens-Wunderlin (FDP), Barbara Egger-Jenzer (SP), Marc Früh (EDU), Urs Gasche (SVP), Hans-Jürg Käser (FDP) und Bernhard Pulver (GFL).

Bern, 30. März 2006

Elternlobby Schweiz, Regionalgruppe Bern

(*) Zutreffender als die häufig verwendeten Begriffe „private Schulen“ bzw. „Privatschulen“ ist aus der Sicht der Elternlobby die Bezeichnung „**öffentliche Schulen in freier Trägerschaft**“. Damit sind gemeinnützige Schulen gemeint, die unter staatlicher Aufsicht stehen und von Non-Profit-Organisationen betrieben werden. Die Elternlobby möchte die „freie Schulwahl für alle“ mittels einer staatlichen Pro-Kopf-Pauschale erreichen. Schulen, die einen Gewinn ausschütten möchten (statt ihn wieder in die Schule zu investieren), würden nach diesem Modell keine öffentlichen Gelder erhalten.